

Landgericht Hamburg  
Ak.: 48 O 259/16

Zum Namen des Volkes

Urteil

In dem Rechtsstreit

des Herrn Henrik Eversen, Kleiner Stieg 3,  
22175 Hamburg

- Kläger -

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Florian  
Eberlein, Kaymannsplatz 11, 20457 Hamburg

gegen

Herrn Arno Messerschmidt, Weidenweg 25A,  
22177 Hamburg

- Beklagter -

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältin Uta  
Matthiesen, Grünengasse 2, 20099 Hamburg

Hat die Zivilkammer 8 des Landgerichts  
Hamburg durch den Richter am  
Landgericht Müller als Einzelnrichter  
auf die mündliche Verhandlung  
vom 10.11.2016 für recht  
erkannt:

1. Die Klage wird abgewiesen.

2. Der Kläger trägt die Kosten des Rechtsstreits.

3. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110% des jeweils zu vollziehenden Betrags vorläufig vollstreckbar.

## Tatbestand

Der Kläger wendet sich gegen die Vollstreckung aus zwei notariellen Urkunden aus denen der Beklagte die in das persönliche Vermögen des Klägers zu vollstrecken sucht und fordert die Herausgabe einer Grundschuldbesetzungsurkunde.

Der Kläger erwarb am 10.11.2009 eine Wohnimmobilie zu Wohn- und Geschäftszwecken. Zur Finanzierung schloss er mit der Profi Bank AG am 12.2.2010 einen Hypothekendarlehensvertrag über einen Betrag von 1,2 Mio. €. Da der Kläger Eigenkapital i.H.v. 350.000,00 € nachweisen konnte, wendete er sich an den damals mit ihm befreundeten Beklagten, der ihm in dieser Höhe ein Darlehen zur Verfügung stellen sollte.

Zur Hinsicht auf dieses Darlehen besetzte der Kläger am 20.3.2010 vor dem Notar Dr. Hermann Bar dem Beklagten eine brieflose Grundschuld mit Vollstreckungsklausel über einen Betrag von 350.000,00 € nebst Zinsen an dem vom Kläger erworbenen Grundstück.

Der Klage unterwarf sich in der notariellen Urkunde der sofortigen Zwangsvollstreckung in das Grundvermögen und übernahm zudem die persönliche Haftung für den Betrag des Grundschulds nebst Zinsen und unterwarf sich diesbezüglich ebenfalls der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein gesamtes Vermögen. Für die Einzelheiten der notariellen Urkunde vom 20.3.2010 nimmt die Kammer Bezug auf Seite 162.

Kläger trägt vor  
Auszug eine  
vollstreckbare  
Ausfertigung der  
Urkunde

Eine Eintragung ins Grundbuch erfolgte nicht.

Ob eine Ausszahlung des Darlehens an den Kläger erfolgte, ist zwischen den Parteien umstritten.

Mit Schreiben vom 08.06.2016 forderte der Beklagte den Kläger zur Zahlung von 350.000,00 € nebst Zinsen bis zum 29.7.2016 auf und drohte im Fall der Nichtzahlung die sofortige Zwangsvollstreckung aus der persönlichen Haftungsübernahme an.

Die beiden Parteien haben übereinstimmend erklärt, dass bis zum Ausgang dieses Rechtsstreits keine Vollstreckungsmaßnahmen seitens des Beklagten erfolgen werden.

Daneben erteilte der Beklagte Frau  
Carina Weber mit notarieller  
Vollmacht vom 19.1.2011  
Generalvollmacht unter Befreiung von  
den Beschränkungen des § 181 BGB unter  
der Ermächtigung diesen in allen  
gerichtlich zulässigen Angelegenheiten  
ohne Einschränkungen gerichtlich und  
außergerichtlich zu vertreten. Für die  
Einzelheiten der Generalvollmacht nimmt  
die Kammer Bezug auf Anlage K5.

Frau Weber sprach im Juni 2012  
dem Kläger an, ob er ihrem  
Lebensgefährten, Herrn Jonathan Jeps,  
bei der Finanzierung eines Grund-  
stückserwerbs helfen könne. Zuvor  
hatte der Beklagte einen Kredit an  
Herrn Jeps, der auch keinen  
Bankkredit erhalten konnte, mehrmals  
abgelehnt.

Frau Weber und der Kläger kamen  
überein, dass der Kläger gegenüber  
dem Beklagten als Darlehensnehmer  
aufzutreten sollte sowie als Grundstück-  
käufer. Dabei waren sich beide einig,  
dass der Kläger faktisch keine  
Verpflichtungen treffen sollten.

Daraufhin vereinbarten der Kläger und Frau Weber als Vertreterin des Beklagten ein Darlehen i.H.v. 700.000,00 € am 3.11.2012 (K6).

Mündlich vereinbarte Frau Weber im Namen des Beklagten mit Herrn Groß, dass diesem die gesamten Pflichten aus dem Darlehensvertrag treffen sollten.

Frau Weber zahlte das Darlehen am 10.11.2012 an Herrn Groß aus, welcher keine Noten zur Rückzahlung erbrachte.

Am 12.12.2012 unterzeichnete der Kläger den untenstehenden Kaufvertrag (K7) für das Grundstück Am Walle 70, 21011 Hamburg was Herr Groß erhalten sollte, der auch den Kaufpreis zahlte.

Der Kläger unterwarf sich am 12.12.2012 der persönlichen Haftung i.H.v. gleichzeitig bestellten Grundschuld zugunsten des Beklagten i.H.v. 700.000,00 €, sowie der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein gesamtes Vermögen (K8).

Der Kläger wurde Anfang 2013 als Eigentümer des Grundstücks im Grundbuch eingetragen; die Grundschuld wurde ebenfalls eingetragen (K7).

Mit Schreiben vom 03.04.2015 (K9)  
erklärte der Beklagte gegenüber dem  
Kläger die Kündigung des Darlehens.

Durch Beschluss des Sachgerichts  
Hr.-by-Bergsdorf vom 20.01.2016  
wurde die Zwangsverwaltung  
angefordert und Rechtsanwalt Viktor  
Sacharov als Zwangsverwalter bestellt.  
Der Beklagte drohte mit Schreiben  
vom 20.01.2016 die Zwangs-  
vollstreckung in das persönliche Vermögen  
des Klägers an (K+0).

Der Kläger behauptet, dass der Beklagte  
ihm zugesagt habe, dass er ihm  
die vollstreckbare Auffertigung der  
Grundschuldbestellungsurkunde vom  
20.03.2010 herausgeben werde.

Außerdem meint der Kläger, dass  
er an die notariellen Urkunde vom  
17.12.2012 nicht in Anspruch genom-  
men werden könne, da für ihn  
keinerlei rechtsverbindliche Verpflichtungen  
entstehen sollten in Absprache mit  
Frau Weber und Herrn Japs.

Der Kläger beantragt,

1. Die Zwangsvollstreckung des Beschlages aus der Urkunde des Notars Dr. Hermann Dax vom 20.03.2010 (UR-Nr. 15/10) wird hinsichtlich der persönlichen Haftungsübernahme des Klägers für unzulässig erklärt.

2. Der Beschlager wird verurteilt, an den Kläger die vollstreckbare Ausfertigung der Grundschuldbestellungsurkunde des Notars Dr. Hermann Dax vom 20.03.2010 (UR-Nr. 15/10) herauszugeben.

3. Die Zwangsvollstreckung des Beschlages aus der Urkunde des Notars Dr. Dorothea Weß vom 17.12.2010 (UR-Nr. 513/10) wird hinsichtlich der persönlichen Haftungsübernahme des Klägers für unzulässig erklärt.

Der Beschlager beantragt,

die Klage abzuweisen.



Der Schlichter behauptet, dass er sich mit dem Kläger bei einer privaten Silvesterfeier 2003 bis 2010 über die Konditionen des Darlehens geeinigt habe (Laufzeit bis 1.1.2016 mit 2% Zinsen p.a.) und er ihm eine Tüte mit der Darlehenssumme von 350.000,- € gegeben habe.

noch  
oben zu  
Wörterverzeichnis

Der Kläger behauptet, er habe die Silvesterfeier 2003 bis 2010 bei seiner Schwester, Karin Rauch, in Bremen verbracht.

Das Gericht hat Beweis erhoben durch die Vernehmung der Zeugin Karin Rauch. Für das Ergebnis der Beweisaufnahme wird auf die Sitzungsniederschrift und das Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 10.11.16 verwiesen.

Die Parteien sind gemäß § 114 ZPO angehört worden.

## Entscheidungsgründe

Die Klage ist zulässig, aber nicht begründet.

Die Anträge in Ziffern 1 und 3 sind als Vollstreckungszeugenklagen nach § 767 I ZPO statthaft.

Nach § 767 I ZPO können Einwendungen, die den durch das Urteil festgestellten Anspruch selbst betreffen, klageweise geltend gemacht werden. Dies gilt auch für Einwendungen gegen notarielle Urkunden (§§ 794 I Nr. 5, 797 V ZPO). Diese Voraussetzungen liegen vor.

Der Kläger wendet sich jeweils gegen die den notariellen Urkunden, in denen die persönliche Haftungsübernahme erklärt wurde, zugrundeliegenden Darlehensverbindlichkeiten (§ 19 ff. BGB).

Gegen die notarielle Urkunde vom 20.05.2010 wendet er sich mit dem Einwand, die Darlehenssumme sei nicht ausbezahlt worden.

Gegen die notarielle Urkunde vom 17.11.2012 wendet er sich mit dem Einwand, es hätte kein Darlehensvertrag begründet werden sollen, aus dem sich Rechte und Pflichten gegen ihn ergeben sollten.

Diese materiellen Einwendungen aus

den vermeintlichen Darlehensverbindlichkeiten können nach § 242, 821 BGB auch der Zwangsverkauf aus der persönlichen Unterwerfungserklärung entgegengesetzt werden. Dem Grundgeschäft und Unterwerfung sind dem mit dem Verknüpfung, dass die Durchführung der Unterwerfung, ohne Vorliegen der Voraussetzungen des Grundgeschäft als sittenwidrig anzusehen ist.

Statthaft ist auch nicht etwa eine Titelgegenklage nach § 767 I ZPO analog, mit der der Kläger die Wirksamkeit des Vollstreckungstitels selbst angreifen könnte (§ 797 I Nr. 1 ZPO). Der Kläger macht keine Einwände gegen das wirksame Zustandekommen der persönlichen Haftungsübernahme geltend, sondern ausschließlich materielle Einwände. ✓

Kann Repudanz?  
§ 301 in?

Zuständiges Gericht ist nach § 797 II, 802 ZPO ~~darüber § 42, 19 ZPO~~ i. v. m. § 23 I Nr. 1, 71 GG das Landgericht Hamburg. ✓

Der Kläger hat auch ein Rechtschutzbedürfnis für die Vollstreckungsgegenklagen.

Ein solches ist zu bejahen, wenn die Zwangsvollstreckung Beworben, gerade stattfindet oder noch andauert und noch nicht beendet ist.

Der Kläger hat hinsichtlich keine notariellen Urkunden die baldige Zwangsvollstreckung oder Befristungen, der mit Schreiben vom 6.6.2016 die Vollstreckung aus der notariellen Urkunde vom 20.05.2016 und mit Schreiben vom 05.5.2016 die Vollstreckung aus der notariellen Urkunde vom 17.11.2016 angefordert hat. ✓

Die Ziffer 2 der Klage ist als Leistungsklage gestützt auf § 371 BGB statthaft. Um die Gefahr dingensonder Entscheidungen zu verhindern, kann die Herausgabe der vollstreckbaren Ausfertigung der Grundschuldbestellungsurkunde nicht vor einer Einreichung hinsichtlich der Vollstreckung aus der notariellen Urkunde verlangt werden.

Darum ändert auch die Tatsache nicht, dass die Prozessvollstreckung der Parteien übereingekommen sind, über die Vollstreckungsklagen bis zur Beendigung des Rechtsstreits vorzunehmen. Denn wird die Klage wegen Nichterkenntnis definiert, droht dem Kläger zu Unrecht erneut die Vollstreckung.

Eine solche Gefahr besteht nicht, wenn die Herausgabe der mit der Vollstreckungsgegenklage verbunden wird. Es ist auch unbedenklich das Ziel die Vollstreckungsgegenklage gegen die persönliche Haftungsübernahme richtet und die Klage nach Ziffer 2 auf

Herausgabe der Grundschuldbeskellungs-  
urkunde. Denn beiden Sicherungsrechten  
liegt die Darlehensschuld zugrunde.  
Bestehen materielle Einwendungen gegen  
die Darlehensschuld, kann dies auch  
der Inanspruchnahme aus der  
Grundschuld entgegen gesetzt werden  
(Einrede aus dem Sicherungsvertrag).

Das angelegene Gericht ist nach  
§ 12, 13 ZPO i.V.m. § 23 I Nr. 1, 7c GG  
bzw. jeodfalls gestützt auf die  
Inerkompetenz kraft Sachzusammen-  
hangs zuständig. ✓

Der Kläger hat auch ein entsprechen-  
des Rechtschutzbedürfnis. Selbst nach  
erfolgreicher Vollstreckungsgegenklage besteht  
die Gefahr der Vollstreckung der  
Schulden, gestützt auf die vollstreckbar  
Ausführung der Grundschuldbeskellungs-  
urkunde. ✓

Dem Kläger steht es auch frei  
die Klagen zu verbinden. Nach  
§ 260 ZPO können mehrere Ansprüche  
des Klägers gegen den Beklagten  
verbunden werden, wenn für sämtliche  
Ansprüche das Prozessziel zuständig  
und dasselbe Prozedent zuständig ist.  
Diese Voraussetzungen liegen vor. ✓

Die Vollstreckungsgegenklagen sind begründet,  
wenn die Parteien sachbefugt sind,  
materielle Einwendungen gegen die  
Forderung des Beklagten bestehen und  
diese nicht präkludiert sind (§ 67 I, II  
ZPO). ✓

Diese Voraussetzungen liegen nicht vor.

Kurze Begründung  
zur  
Sachbefugnis

Die Parteien sind zwar sachbefugt und  
eine Prätulion ist nach § 797 IV  
ZPO ausgeschlossen. Bei Klagen gegen  
die Vollstreckung aus notariellen  
Urkunden. ✓

Allerdings bestehen keine materiellen  
Einwendungen gegen die Ansprüche des  
Beklagten.

Hinsichtlich der Klage nach Ziffer 1  
hat der insofern Beweisbelastete  
Kläger den Beweis nicht erbringen  
können, dass eine Auszahlung des  
Darlehens nicht stattgefunden hat und  
die Darlehensrückzahlungsforderung nach  
§ 487 I Z BGB nicht entstanden ist.

Während eine solche Einwendung nach  
§ 242, 271 BGB auch gegen die  
Vollstreckung aus der notariellen Urkunde  
vorgebracht werden könnte, ist der

Kläger insofern Beweisbelastet.  
Nach allgemeinen Grundsätzen ist  
grundsätzlich derjenige Beweisbelastet,  
für den der Beweis der beweisenden  
Tatsache günstig ist. ✓

Bei einem Darlehen ist demnach  
der Darlehensgeber für das Erbringen  
der geschuldeten Leistung - die  
Auszahlung der Darlehenssumme -  
Beweisbelastet. An diese Beweislast-  
verteilung ändert auch das Vorgehen  
des Klägers im Wege der Voll-  
streckungsgegenklage nichts; die  
Beweislastverteilung richtet sich nach  
materiellen Recht.

Der Beklagte geht nicht nicht  
aus der Darlehensforderung gegen den  
Kläger vor, sondern aus der  
persönlichen Haftübernahme als  
Forderung nach den §§ 780, 781  
O.B. Einwendungen gegen das  
zugrunde liegende Rechtsverhältnis -  
d.h. gegen die Darlehensforderung -  
ist der Kläger beweispflichtig. ✓

Dieser Beweis hat er nicht erbracht.  
Maßstab für die gerichtliche  
Überzeugungsbildung im Wege einer  
richterlichen Überzeugung nach  
§ 136 I ZPO ist ein hoher Grad an

Wahrscheinlichkeit, der Zweifeln  
Schweigen gebietet, ohne sie vollends  
auszuschließen.

Zu diesem Grad an Überzeugungsbildung  
konnte die Kammer nicht durch  
Vernehmung der Zeugin Rouck  
gelangen.

Die Beweisführung war insofern  
Gericht ungenügend. Frau Rouck hat  
geschworen, dass sie sich nicht  
erinnern könne, ob ihr Bruder  
die hierige Klage - auf der  
Silvesternacht 2009/2010 in Bremen  
erwähnt war.

Auch aus der Periklanierung nach  
§ 447 ZPO ergibt sich für die Kammer  
kein gegenläufiges Ergebnis.

Zusammenfassend erscheint es nach Auffassung  
der Kammer nicht ungläubhaft, dass  
der Beklagte dem Kläger die  
Darlehenssumme in der Silvesternacht  
in bar übergeben haben will. So  
zeigt bereits der Sachverhalt hinsichtlich  
der Darlehensforderung i.H.v. 700.000,00  
€, dass der Beklagte - entgegen der  
Aussagen des Klägers - nicht  
per se unvorsichtig mit großen Geld-  
beträgen umgeht. Denn in diesem Fall  
hat er unrichtig die doppelte Summe



Austausch  
erfolgt durch  
K. Weber...

der hier streitgegenständlichen 300.000,00  
€ wurde als Darlehen ausbezahlt,  
ohne weitere Nachforschungen anzustellen.

Hinsichtlich der Vollstreckungsgegenstände  
nach Ziffer 3 stellt dem Vollstreckung  
des Beklagten aus der materiellen  
Verhandlung vom 17.12.2012 kein  
materieller Einwand aus ~~der~~ entgegen.

Insbesondere kann sich der Kläger nicht  
darauf berufen, dass er aus der  
zugrunde liegenden Darlehens-  
verbindlichkeit nicht befreit  
oder verpfändet werden sollte.

Vielmehr ist zwischen dem Kläger  
und dem Beklagten eine Darlehens-  
verbindlichkeit nach § 487 Abs. 1  
Zustand gekommen am 3.11.2012.

bei der der Beklagte nach § 464 Z. 1  
Abs. 1 von Frau Weber vertreten wurde.

Der Inhalt des Darlehensvertrages  
mit dem Kläger war auch nicht  
nach § 487 I Abs. 1 u. 2 u. 3 u. 4 u. 5 u. 6 u. 7 u. 8 u. 9 u. 10 u. 11 u. 12 u. 13 u. 14 u. 15 u. 16 u. 17 u. 18 u. 19 u. 20 u. 21 u. 22 u. 23 u. 24 u. 25 u. 26 u. 27 u. 28 u. 29 u. 30 u. 31 u. 32 u. 33 u. 34 u. 35 u. 36 u. 37 u. 38 u. 39 u. 40 u. 41 u. 42 u. 43 u. 44 u. 45 u. 46 u. 47 u. 48 u. 49 u. 50 u. 51 u. 52 u. 53 u. 54 u. 55 u. 56 u. 57 u. 58 u. 59 u. 60 u. 61 u. 62 u. 63 u. 64 u. 65 u. 66 u. 67 u. 68 u. 69 u. 70 u. 71 u. 72 u. 73 u. 74 u. 75 u. 76 u. 77 u. 78 u. 79 u. 80 u. 81 u. 82 u. 83 u. 84 u. 85 u. 86 u. 87 u. 88 u. 89 u. 90 u. 91 u. 92 u. 93 u. 94 u. 95 u. 96 u. 97 u. 98 u. 99 u. 100 u. 101 u. 102 u. 103 u. 104 u. 105 u. 106 u. 107 u. 108 u. 109 u. 110 u. 111 u. 112 u. 113 u. 114 u. 115 u. 116 u. 117 u. 118 u. 119 u. 120 u. 121 u. 122 u. 123 u. 124 u. 125 u. 126 u. 127 u. 128 u. 129 u. 130 u. 131 u. 132 u. 133 u. 134 u. 135 u. 136 u. 137 u. 138 u. 139 u. 140 u. 141 u. 142 u. 143 u. 144 u. 145 u. 146 u. 147 u. 148 u. 149 u. 150 u. 151 u. 152 u. 153 u. 154 u. 155 u. 156 u. 157 u. 158 u. 159 u. 160 u. 161 u. 162 u. 163 u. 164 u. 165 u. 166 u. 167 u. 168 u. 169 u. 170 u. 171 u. 172 u. 173 u. 174 u. 175 u. 176 u. 177 u. 178 u. 179 u. 180 u. 181 u. 182 u. 183 u. 184 u. 185 u. 186 u. 187 u. 188 u. 189 u. 190 u. 191 u. 192 u. 193 u. 194 u. 195 u. 196 u. 197 u. 198 u. 199 u. 200 u. 201 u. 202 u. 203 u. 204 u. 205 u. 206 u. 207 u. 208 u. 209 u. 210 u. 211 u. 212 u. 213 u. 214 u. 215 u. 216 u. 217 u. 218 u. 219 u. 220 u. 221 u. 222 u. 223 u. 224 u. 225 u. 226 u. 227 u. 228 u. 229 u. 230 u. 231 u. 232 u. 233 u. 234 u. 235 u. 236 u. 237 u. 238 u. 239 u. 240 u. 241 u. 242 u. 243 u. 244 u. 245 u. 246 u. 247 u. 248 u. 249 u. 250 u. 251 u. 252 u. 253 u. 254 u. 255 u. 256 u. 257 u. 258 u. 259 u. 260 u. 261 u. 262 u. 263 u. 264 u. 265 u. 266 u. 267 u. 268 u. 269 u. 270 u. 271 u. 272 u. 273 u. 274 u. 275 u. 276 u. 277 u. 278 u. 279 u. 280 u. 281 u. 282 u. 283 u. 284 u. 285 u. 286 u. 287 u. 288 u. 289 u. 290 u. 291 u. 292 u. 293 u. 294 u. 295 u. 296 u. 297 u. 298 u. 299 u. 300 u. 301 u. 302 u. 303 u. 304 u. 305 u. 306 u. 307 u. 308 u. 309 u. 310 u. 311 u. 312 u. 313 u. 314 u. 315 u. 316 u. 317 u. 318 u. 319 u. 320 u. 321 u. 322 u. 323 u. 324 u. 325 u. 326 u. 327 u. 328 u. 329 u. 330 u. 331 u. 332 u. 333 u. 334 u. 335 u. 336 u. 337 u. 338 u. 339 u. 340 u. 341 u. 342 u. 343 u. 344 u. 345 u. 346 u. 347 u. 348 u. 349 u. 350 u. 351 u. 352 u. 353 u. 354 u. 355 u. 356 u. 357 u. 358 u. 359 u. 360 u. 361 u. 362 u. 363 u. 364 u. 365 u. 366 u. 367 u. 368 u. 369 u. 370 u. 371 u. 372 u. 373 u. 374 u. 375 u. 376 u. 377 u. 378 u. 379 u. 380 u. 381 u. 382 u. 383 u. 384 u. 385 u. 386 u. 387 u. 388 u. 389 u. 390 u. 391 u. 392 u. 393 u. 394 u. 395 u. 396 u. 397 u. 398 u. 399 u. 400 u. 401 u. 402 u. 403 u. 404 u. 405 u. 406 u. 407 u. 408 u. 409 u. 410 u. 411 u. 412 u. 413 u. 414 u. 415 u. 416 u. 417 u. 418 u. 419 u. 420 u. 421 u. 422 u. 423 u. 424 u. 425 u. 426 u. 427 u. 428 u. 429 u. 430 u. 431 u. 432 u. 433 u. 434 u. 435 u. 436 u. 437 u. 438 u. 439 u. 440 u. 441 u. 442 u. 443 u. 444 u. 445 u. 446 u. 447 u. 448 u. 449 u. 450 u. 451 u. 452 u. 453 u. 454 u. 455 u. 456 u. 457 u. 458 u. 459 u. 460 u. 461 u. 462 u. 463 u. 464 u. 465 u. 466 u. 467 u. 468 u. 469 u. 470 u. 471 u. 472 u. 473 u. 474 u. 475 u. 476 u. 477 u. 478 u. 479 u. 480 u. 481 u. 482 u. 483 u. 484 u. 485 u. 486 u. 487 u. 488 u. 489 u. 490 u. 491 u. 492 u. 493 u. 494 u. 495 u. 496 u. 497 u. 498 u. 499 u. 500 u. 501 u. 502 u. 503 u. 504 u. 505 u. 506 u. 507 u. 508 u. 509 u. 510 u. 511 u. 512 u. 513 u. 514 u. 515 u. 516 u. 517 u. 518 u. 519 u. 520 u. 521 u. 522 u. 523 u. 524 u. 525 u. 526 u. 527 u. 528 u. 529 u. 530 u. 531 u. 532 u. 533 u. 534 u. 535 u. 536 u. 537 u. 538 u. 539 u. 540 u. 541 u. 542 u. 543 u. 544 u. 545 u. 546 u. 547 u. 548 u. 549 u. 550 u. 551 u. 552 u. 553 u. 554 u. 555 u. 556 u. 557 u. 558 u. 559 u. 560 u. 561 u. 562 u. 563 u. 564 u. 565 u. 566 u. 567 u. 568 u. 569 u. 570 u. 571 u. 572 u. 573 u. 574 u. 575 u. 576 u. 577 u. 578 u. 579 u. 580 u. 581 u. 582 u. 583 u. 584 u. 585 u. 586 u. 587 u. 588 u. 589 u. 590 u. 591 u. 592 u. 593 u. 594 u. 595 u. 596 u. 597 u. 598 u. 599 u. 600 u. 601 u. 602 u. 603 u. 604 u. 605 u. 606 u. 607 u. 608 u. 609 u. 610 u. 611 u. 612 u. 613 u. 614 u. 615 u. 616 u. 617 u. 618 u. 619 u. 620 u. 621 u. 622 u. 623 u. 624 u. 625 u. 626 u. 627 u. 628 u. 629 u. 630 u. 631 u. 632 u. 633 u. 634 u. 635 u. 636 u. 637 u. 638 u. 639 u. 640 u. 641 u. 642 u. 643 u. 644 u. 645 u. 646 u. 647 u. 648 u. 649 u. 650 u. 651 u. 652 u. 653 u. 654 u. 655 u. 656 u. 657 u. 658 u. 659 u. 660 u. 661 u. 662 u. 663 u. 664 u. 665 u. 666 u. 667 u. 668 u. 669 u. 670 u. 671 u. 672 u. 673 u. 674 u. 675 u. 676 u. 677 u. 678 u. 679 u. 680 u. 681 u. 682 u. 683 u. 684 u. 685 u. 686 u. 687 u. 688 u. 689 u. 690 u. 691 u. 692 u. 693 u. 694 u. 695 u. 696 u. 697 u. 698 u. 699 u. 700 u. 701 u. 702 u. 703 u. 704 u. 705 u. 706 u. 707 u. 708 u. 709 u. 710 u. 711 u. 712 u. 713 u. 714 u. 715 u. 716 u. 717 u. 718 u. 719 u. 720 u. 721 u. 722 u. 723 u. 724 u. 725 u. 726 u. 727 u. 728 u. 729 u. 730 u. 731 u. 732 u. 733 u. 734 u. 735 u. 736 u. 737 u. 738 u. 739 u. 740 u. 741 u. 742 u. 743 u. 744 u. 745 u. 746 u. 747 u. 748 u. 749 u. 750 u. 751 u. 752 u. 753 u. 754 u. 755 u. 756 u. 757 u. 758 u. 759 u. 760 u. 761 u. 762 u. 763 u. 764 u. 765 u. 766 u. 767 u. 768 u. 769 u. 770 u. 771 u. 772 u. 773 u. 774 u. 775 u. 776 u. 777 u. 778 u. 779 u. 780 u. 781 u. 782 u. 783 u. 784 u. 785 u. 786 u. 787 u. 788 u. 789 u. 790 u. 791 u. 792 u. 793 u. 794 u. 795 u. 796 u. 797 u. 798 u. 799 u. 800 u. 801 u. 802 u. 803 u. 804 u. 805 u. 806 u. 807 u. 808 u. 809 u. 810 u. 811 u. 812 u. 813 u. 814 u. 815 u. 816 u. 817 u. 818 u. 819 u. 820 u. 821 u. 822 u. 823 u. 824 u. 825 u. 826 u. 827 u. 828 u. 829 u. 830 u. 831 u. 832 u. 833 u. 834 u. 835 u. 836 u. 837 u. 838 u. 839 u. 840 u. 841 u. 842 u. 843 u. 844 u. 845 u. 846 u. 847 u. 848 u. 849 u. 850 u. 851 u. 852 u. 853 u. 854 u. 855 u. 856 u. 857 u. 858 u. 859 u. 860 u. 861 u. 862 u. 863 u. 864 u. 865 u. 866 u. 867 u. 868 u. 869 u. 870 u. 871 u. 872 u. 873 u. 874 u. 875 u. 876 u. 877 u. 878 u. 879 u. 880 u. 881 u. 882 u. 883 u. 884 u. 885 u. 886 u. 887 u. 888 u. 889 u. 890 u. 891 u. 892 u. 893 u. 894 u. 895 u. 896 u. 897 u. 898 u. 899 u. 900 u. 901 u. 902 u. 903 u. 904 u. 905 u. 906 u. 907 u. 908 u. 909 u. 910 u. 911 u. 912 u. 913 u. 914 u. 915 u. 916 u. 917 u. 918 u. 919 u. 920 u. 921 u. 922 u. 923 u. 924 u. 925 u. 926 u. 927 u. 928 u. 929 u. 930 u. 931 u. 932 u. 933 u. 934 u. 935 u. 936 u. 937 u. 938 u. 939 u. 940 u. 941 u. 942 u. 943 u. 944 u. 945 u. 946 u. 947 u. 948 u. 949 u. 950 u. 951 u. 952 u. 953 u. 954 u. 955 u. 956 u. 957 u. 958 u. 959 u. 960 u. 961 u. 962 u. 963 u. 964 u. 965 u. 966 u. 967 u. 968 u. 969 u. 970 u. 971 u. 972 u. 973 u. 974 u. 975 u. 976 u. 977 u. 978 u. 979 u. 980 u. 981 u. 982 u. 983 u. 984 u. 985 u. 986 u. 987 u. 988 u. 989 u. 990 u. 991 u. 992 u. 993 u. 994 u. 995 u. 996 u. 997 u. 998 u. 999 u. 1000

Denn es ist eine Willkür, die einem anderen nur zum  
Schein gegenüber abzugeben wird mit  
dem Einverständnis, nichtig.

Zum Unterschied zu einem bloßen  
Scheingeschäft sollte indes tatsächlich  
eine wirksame rechtliche Verpflichtung  
für den Beklagten begründet werden;  
eine bloße Scheinforderung aus dem  
Verlehen sollte nicht entstehen. Vielmehr  
sollte nicht der Kläger, sondern Herr  
Groß berechtigt und verpflichtet  
werden.

Bei einem solchen Strohmännchengeschäft  
liegt indes nur dann ein Scheingeschäft  
vor, wenn der Strohmann die mit  
dem Rechtsgeschäft verbundenen  
Pflichten auch im Außenverhältnis  
nicht übernehmen will und der  
Vertragsgegner hiervon Kenntnis hat.

Diese Voraussetzungen liegen nicht vor.

Zwar mag der Kläger ~~von~~ im Außen-  
verhältnis nicht in Anspruch genommen  
werden wollen, allerdings, hatte der  
insofern mögliche Vertreter - der  
Beklagte hiervon keine Kenntnis

Entgegen § 166 I BGB kommt es  
ausnahmsweise nicht auf die  
Firma des Vertreters - Frau Weber-  
an, sondern auf die Kenntnis des  
Beklagten.

Denn die Kenntnis des Verbetes ist dem Verbetenen nicht zuzurechnen, wenn der Verbetene mit dem anderen Teil - dem Kläger - bewusst zum Nachteil des Verbetenen zusammen-gesetzt hat. ✓

Der ~~Verbetene~~ Verbetene webe wie bekannt, dass der Beklagte - mangels Kreditwürdigkeit - dem Herrn Graf kein Darlehen gewähren würde. Dies war auch dem Kläger bekannt, der sich aus diesem Grund bereit erklärt hat gleichsam als Strohmann für Herrn Graf aufzutreten, um dem Beklagten - entgegen dessen Willen - zu einer Auszahlung an Herrn Graf zu verhelfen. Mangels Kreditwürdigkeit des Herrn Graf war dies für den Beklagten nachteilhaft. ✓

Dem Kläger steht auch nicht etwa die Einwendung zu, er habe die ausbezahlte Darlehenssumme nicht erhalten. Denn der Kläger war mit der Auszahlung der Darlehenssumme an den Herrn Graf einverstanden - die Darlehensverbindlichkeit durch den Beklagten hinsichtlich der eigenen Fuldungsverpflichtung ist erloschen (vgl. § 362 II, 1 PT I BGB).

Zum anderen ist der zum Nachteil  
des Beklagten handelnde Kläger nicht  
schickswürdig. Er hat darüber ein  
Eigentum an Grundstücken Am Wall  
70, erworben erst Hamby erworben. ✓

Mangels Begründetheit des Anspruchs  
an Ziff. 1 stellt dem Beklagten  
Kläger auch keine Herausgabe  
nach § 771 OGB hinsichtlich der  
Grundschuldbestellungsurkunde zu.  
Auch ein entsprechendes Anerkenntnis  
i.S.v. § 797 II OGB konnte der Kläger  
nicht beweisen. Insoweit konnte er  
nicht einmal näher angeben, wann  
ein entsprechendes Gespräch mit  
dem Beklagten, in dem dieser ihm  
die Rechte der Urkunde  
zugeordnet haben soll, stattgefunden  
haben soll. ✓

Die Nebenentscheidungen beruhen  
auf § 31 I 1 ZPO und § 703 5.1, 2  
ZPO. ✓

Nein  
1 Monat

§ 517 ZPO

Rechtsmittel: Berufung nach § 511 I ZPO;  
OLG Hamby, § 519 I Nr. 2 666; Frist  
zwei Monate nach Zustellung, spätestens  
fünf Monate nach Verdict, § 520 I 1 ZPO.  
Unterschrift des erwerbenden Richters

Landgericht Hamburg  
Ak.: 690 258/16

Beckbauer

In dem Rechtsstreit

des Herrn Harald Exner, Kleine Str. 3,  
22179 Hamburg

- Kläger -

Direktionskollektorkasse: Rechtsanwältin T-Pol  
Eberlein, Kaufmannstraße 11, 20411 Hamburg

gegen

Herrn Axel Mueschenrott, Wietzenweg 28A,  
22177 Hamburg

- Beklagter -

Direktionskollektorkasse: Uta Mathiesen,  
Gewürzweg 2, 20099 Hamburg

Um die Forderung § des Land-  
gerichts Hamburg durch den Richter  
am Landgericht Mithras als  
Einzelmithras auf die mündliche  
Verhandlung vom 10.11.2016  
auszusetzen:

Der Scheidest wird auf  
1.085.000,00 € festgesetzt.

\* Gründe:

Die Forderung der Zwangsvollstreckung des  
Reklagen waren zum Zeitpunkt  
ansehen (§ 7 ZPO). Die Heranziehung  
forderung des Klāgers mit 1/10  
der Hauptforderung (§ 7 ZPO).

Verweigerung der erkennenden  
Richters ✓

Der Tatbestand ist gut aufgebaut und formuliert und enthält bis auf eine Anmerkung alle wesentlichen Angaben. Das Parteivorbringen ist möglichst zusammengefasst darzustellen. Die Behauptung des Klägers, er sei in der fraglichen Silvesternacht in Bremen gewesen, hätte auch ohne vorherige Angabe des Beklagtenvorbringens schon im Klägervortrag erfolgen können.

Die Entscheidungsgründe sollten untergliedert werden (zumindest in Zulässig- und Begründetheit).

Die Zulässigkeit wird sorgfältig erörtert und gut begründet angenommen. Allerdings sollten auch bei der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit nicht nur Normen, sondern auch kurze Begründungen genannt werden.

Verf. lehnt nach sorgfältiger Erörterung alle drei Anträge ab. Die rechtlichen Ausführungen überzeugen durchweg.

Eine gelungene Arbeit

**Gut (15 P)**



7.11.21